

Pressemitteilung 20. Februar 2025

Anlasslose Absage der FU: Veranstaltung mit UN-Sonderberichterstatterin
Francesca Albanese und Eyal Weizman an alternativem Ort verlief
konzentriert, sachlich und friedlich

Am Morgen des 19. Februar sprachen im bUm – Raum für solidarisches Miteinander die Völkerrechtlerin und UN-Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten Francesca Albanese und der Architekt und Leiter von Forensic Architecture Eyal Weizman zum Thema „Legal and Forensic Perspectives on the Ongoing Gaza Genocide“. Der Obertitel der Veranstaltung – „Conditions of Life Calculated to Destroy“ – ist angelehnt an den Artikel II c) der UN-Völkermordkonvention. Dieser spricht von der vorsätzlichen „Auferlegung von Lebensbedingungen, (...) die geeignet sind“, die körperliche Zerstörung der Gruppe ganz oder teilweise herbeizuführen. Hieran entfalteten Albanese und Weizman ihre inhaltlichen Argumente, die sie rechtswissenschaftlich und forensisch unterfütterten: Als Genozid kann nicht nur das massenhafte Töten von Mitgliedern einer Gruppe in einem relativ kurzen Zeitraum bezeichnet werden, sondern auch die Herstellung zerstörender Lebensbedingungen über Raum und Zeit. Dies hat bisher in der wissenschaftlichen Debatte zu Völkermorden weniger Aufmerksamkeit gefunden, bedeutet aber, dass Völkermord über Muster und Zusammenhänge verschiedener Gräueltaten erkannt und festgestellt werden kann. Diese „Elastizität“ des Völkermordbegriffs über Raum und Zeit ist bereits in Artikel II c) der Genozidkonvention angelegt.

In Deutschland sind Veranstaltungen, bei denen wissenschaftlich fundiert und sachlich die Verbrechen im Gaza-Krieg analysiert und diskutiert werden, zunehmend selten – weil sie regelmäßig verhindert werden. So musste diese Veranstaltung extern stattfinden, anstatt, wie ursprünglich geplant, an der Freien Universität, da der Präsident der Freien Universität die Präsenzveranstaltung nach massivem Druck aus der Politik untersagt hatte. Begründet wurde die Absage mit nicht spezifizierten Sicherheitsbedenken und im Lichte von unsubstanzierten Antisemitismusvorwürfen gegen die Sprecher*innen. Beides erwies sich als völlig haltlos. Die Veranstaltung im bUm verlief sachlich und friedlich, wenn auch angespannt aufgrund der permanenten Präsenz mehrerer Polizeibeamter im Saal und eines großen Polizeiaufgebots vor dem Veranstaltungsort.

Noch angespannter verlief es an der Freien Universität. Dort trafen sich Studierende im ursprünglich für die Veranstaltung vorgesehenen Hörsaal, um auf der Leinwand den Livestream der Vorträge zu verfolgen. Von einer Besetzung, wie in einigen Medien zu lesen ist, kann also keine Rede sein. Ohne konkreten Anlass rief die Universitätsleitung daraufhin die Polizei, welche gegen 10:30 Uhr eintraf und sich in großer Zahl vor dem Hörsaal und auf weiteren Teilen des Campus positionierte. Das Präsidium drohte mit der Räumung des Hörsaals, und Präsident Günter Ziegler begründete in einem Telefonat die Räumungsandrohung mit der „Sicherheitslage“, ohne dass dazu ein sichtbarer Anlass bestanden hätte. Ab 11:00 Uhr wurde der Hörsaal von der Polizei abgeriegelt.

Während die Studierenden dem Vorträgen von Weizman und Albanese folgten, verhandelten Professor*innen mit Angehörigen des Präsidiums und erreichten, dass die angedrohte Räumung auf 12:00 Uhr verschoben wurde. Obwohl die Veranstaltung noch nicht zu Ende war, verließen die Studierenden angesichts der erneuten Androhung einer polizeilichen Räumung um 12:00 Uhr friedlich den Saal. Das Präsidium hatte mit der massiven polizeilichen Intervention genau jene „angespannte Situation“ geschaffen, die es im Vorfeld befürchtet hatte. Dank des besonnenen und friedlichen Handelns der Studierenden konnte die Lage entschärft werden. Dennoch müssen die Maßnahmen von Polizei und Hochschulleitung als Einschüchterungsversuche betrachtet werden.

Der heutige Tag zeigt: Veranstaltungen wie diese können ohne Probleme stattfinden – und müssen auch an der Universität stattfinden können. Es sind Politik, Presse und Hochschulleitungen, die das verhindern. Sie tragen dadurch dazu bei, dass selbst international renommierte Expert*innen wie Albanese und Weizman verleumdet werden. Durch diese Dynamik wird eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und offene Diskussion der Völkerrechtsverstöße Israels sowie der rechtlichen und politischen Verantwortung Deutschlands systematisch verhindert. Das ist für den Schutz der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, und nebenbei für den Wissenschaftsstandort Deutschland ebenso wie für den demokratischen Diskurs im Allgemeinen nicht hinnehmbar.

Eine von rund vierzig Organisationen unterschriebene [Erklärung](#) hatte nach der Absage der ursprünglichen Veranstaltung an der FU Berlin diese Punkte bemängelt: den Eingriff in Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, die eklatante Missachtung des Völkerrechts und die Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs. Deutschland nimmt hier eine unrühmliche Sonderrolle ein: In keinem anderen Land gingen Politik und Universitäten so weit, Albaneses Vorträge zu untersagen. Sie selbst berichtete: „The level of repression I experience here is not something I have experienced anywhere else where I have gone as a Special Rapporteur in the past three years.“

Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft, 20.2.25